

Der Landtag von Niederösterreich hat ambeschlossen:

Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes 1997

Artikel I

Das NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz 1997, LGBl. 0032, wird wie folgt geändert:

1. § 15 Abs. 1 lautet:

„(1) Der Bezug des Bürgermeisters einer Gemeinde beträgt in den Gemeinden

bis zu	1 000 Einwohner	30 %
von	1.001 – 2.500 Einwohner	35 %
Von	2.501 – 3.500 Einwohner	40 %
von	3.501 – 5.000 Einwohner	45 %
von	5.001 – 10.000 Einwohner	55 %
von	10.001 – 15.000 Einwohner	65 %
von	15.001 – 20.000 Einwohner	70 %
über	20.000 Einwohner	85 %

des Ausgangsbetrages nach § 2. Die übrigen Entschädigungen setzt der Gemeinderat mit Verordnung (§ 18) fest.“

2. § 15 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Zahl der Einwohner entspricht der Summe der Einwohner mit Hauptwohnsitz oder einem weiterem Wohnsitz zum Stand des Zentralen Melderegisters am 31. Mai eines jeden Jahres. Eine aufgrund geänderter Einwohnerzahlen notwendige Anpassung ist jeweils mit Wirkung vom 1. Juli vorzunehmen.“

3. Dem § 17 wird folgender Abs. 3 angefügt:
„(3) Auf Organe nach § 14 Abs. 1 und 15 Abs. 1 ist § 6 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Anspruch auf Bezugsfortzahlung auf die Dauer von höchstens 3 Monaten besteht.“
4. Im § 18 wird nach dem Wort „Bezüge“ eingefügt: „gemäß § 14 Abs. 1 und 2“

Artikel II

1. Artikel I tritt am 1. März 2009 in Kraft.
2. Für die erstmalige Feststellung der Einwohner gemäß § 15 Abs. 1 ist die Summe der Einwohner mit Hauptwohnsitz oder einem weiteren Wohnsitz zum Stand des Zentralen Melderegisters am 31. Jänner 2009 maßgebend.
3. Verordnungen der Gemeinden über die Festsetzung der Entschädigungen (§ 15 Abs. 3) gelten bis zu deren Änderung weiter.
4. Allfällige Verordnungen zur Neufestsetzung der Entschädigungen gemäß § 15 Abs. 3 können bereits nach Kundmachung dieses Gesetzes erlassen werden. Sie treten jedoch frühestens mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in Kraft.